

Extrablatt

aus dem EU-Verbindungs- büro Brüssel

Inhalt

Michaela Petz-Michez auf Babypause – Vertretung bis Juli 2010 durch Peter Stadlbauer	1
Neue Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen 2010 bis 2014.....	2
Inhaltliche Schwerpunkte der Plenartagung des Ausschusses der Regionen im Februar 2010.....	2
Neue Europäische Kommission 2010 bis 2014.....	3
Abschied der Salzburger EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner.....	7
Laufende Vorarbeiten zur EU 2020-Strategie	7
Neues europäisches Zuschussinstrument für Technische Hilfe bei Investitionen in Energieeffizienz	8
Europäische BürgerInneninitiative – Stakeholder-Hearing in Brüssel.....	8
Plenarwoche des Europäischen Parlaments von 8. bis 11. Februar 2010.....	9
Intermodaler Güterverkehr - Informationsveranstaltung zu Marco Polo 2010.....	9
Mikrofinanzierungsinstrument für Kleinstunternehmen – Einigung über Finanzierung ab 2011 erreicht.....	10
Dienstag ist Europa-Tag an der Pädagogischen Hochschule Salzburg	10
HBLA-Saalfelden besucht die Europahautstadt	11
Besuch der EU-Institutionen durch das BG Nonntal	11
Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU.....	11
Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges	16
Internes	18
Ausblick auf die nächste Extrablatt-Ausgabe.....	18

Michaela Petz-Michez auf Babypause – Vertretung bis Juli 2010 durch Peter Stadlbauer

In den nächsten Wochen bereitet sich die Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur Europäischen Union Michaela Petz-Michez auf ihre neue Familiensituation vor. Nach der Babypause wird sie Anfang August 2010 wieder die Leitung des Verbindungsbüros übernehmen. Auf Initiative von Karl Doutlik fand Ende Februar 2010 eine gemütliche „Verabschiedung“ im Kreis der in Brüssel lebenden Salzburgerinnen und Salzburger statt.

Der Leiter der Salzburger Europaabteilung, Andreas Kiefer, betraute für die Zeit der Abwesenheit von Michaela Petz-Michez den Europa-erfahrenen Mitarbeiter der Abteilung für Lebensgrundlagen und Energie des Amtes der Salzburger Landesregierung Peter Stadlbauer mit der interimistischen Leitung des Verbindungsbüros. Dank der Zustimmung seines Abteilungsleiters Josef Schwaiger steht für die Salzburger Schlüsselposition in Brüssel ein Experte zur Verfügung. Peter Stadlbauer arbeitet in Salzburg u.a. für die Umsetzung der Programme für den ländlichen Raum. Als gemeinsamer Ländervertreter arbeitet er seit mehreren Jahren im ELER-Ausschuss (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), er verfügt daher in diesem Bereich über große Brüssel-Erfahrung und kann sich auf eine gute Vernetzung in Österreich stützen.

Weiters absolvierte er zwei dreimonatige Praktika in der GD AGRI der Europäischen Kommission.

Die Kolleginnen und Kollegen des Landes-Europabüros in Salzburg und des Verbindungsbüros in Brüssel werden Peter Stadlbauer in den kommenden 5 Monaten nach Kräften unterstützen. Peter Stadlbauer ist unter der E-Mail Adres-

se: peter.stadlbauer@salzburg.gv.at und telefonisch über die bekannte Telefonnummer des Verbindungsbüros +32 2 743 760 erreichbar.

Das gesamte Team in Salzburg und Brüssel wünscht Michaela Petz-Michez alles Gute und freut sich auf ihre Rückkehr im Herbst 2010!

Neue Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen 2010 bis 2014

Am 9. und 10. Februar 2010 traten die 344 Mitglieder des Ausschusses der Regionen (AdR) zu ihrer konstituierenden Sitzung für die neue, erstmals fünf Jahre dauernde, 5. Mandatsperiode zusammen.

2 Zur AdR-Präsidentin wurde Mercedes Bresso, Präsidentin der Region Piemont, zum ersten AdR-Vizepräsidenten wurde Ramon Luis Valcarcel Siso, Präsident der spanischen autonomen Gemeinschaft Murcia, gewählt.

Das Land Salzburg ist durch den Beauftragten für den Ausschuss der Regionen Franz Schausberger als Mitglied und durch Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller als stellvertretendes Mitglied vertreten. Bürgermeister Heinz Schaden wurde vom Österreichischen Städtebund entsandt. Österreich stellt zwölf Mitglieder und zwölf stellvertretende Mitglieder.

Salzburg arbeitet schwerpunktmäßig in der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (FK CIVEX) mit. LH a.D. Franz Schausberger wurde zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Westbalkan gewählt, die sich in erster Linie mit der Vorbereitung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Staaten des westlichen Balkan auf die künftige EU-Mitgliedschaft beschäftigt.

Weiterführende Informationen:

Im deutschen Jahrbuch des Föderalismus 2009 erschien kürzlich ein Artikel des Leiters des Landes-Europabüros Andreas Kiefer über die Tätigkeit des Ausschusses der Regionen im Jahr 2008.

Der Artikel kann im Landes-Europabüro per E-Mail an europabuero@salzburg.gv.at angefordert werden (bitte im E-Mail-Betreff erwähnen: „Artikel Kiefer über AdR“)

Inhaltliche Schwerpunkte der Plenartagung des Ausschusses der Regionen im Februar 2010

Neben der Neuwahl des Präsidiums und der Konstituierung der sechs Fachkommissionen des Ausschusses der Regionen (AdR) wurden zehn inhaltliche Stellungnahmen beraten. Im Mittelpunkt standen Chancen für die Jugend. Die von den Berichterstatterinnen und Berichterstattern ausgearbeiteten Stellungnahmen zu den Themen Investieren in die Jugend, zur Förderung der Ausbildungsmobilität junger Leute, zum europäischen Jahr des Freiwilligendienstes, zum funktionellen Analphabetismus, zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors und zum „Internet der Dinge“ wurden beraten und angenommen. Von besonderer Bedeutung waren die Stellungnahme zur Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die von Südtirols

Landeshauptmann Luis Durnwalder verfasste Stellungnahme zur besseren Ausrichtung der Beihilfen für Landwirte in Gebieten mit naturbedingten Nachteilen. Schließlich nahmen die Mitglieder Stellungnahmen zur Situation der europäischen Automobilindustrie und zu einem Konzept für fairen Handel an.

Details sind auf der Homepage des Ausschusses der Regionen abrufbar:

<http://www.cor.europa.eu/pages/PresTemplate.aspx?id=a1d1f21d-f0a6-44bd-ae63-348fbd7de09d>

Neue Europäische Kommission 2010 bis 2014

Am 9. Februar 2010 wählte das Europäische Parlament erstmals unter dem Vertrag von Lissabon das Team der neuen Europäischen Kommission 2010 bis 2014. Kommissionspräsident Manuel Barroso war zuvor bereits im September 2009 vom Europäischen Parlament im Amt bestätigt worden. Im Jänner 2010 fanden die Anhörungen der 26 designierten Mitglieder der Europäischen Kommission statt (vgl. Extrablatt Nr. 52). Die ursprüngliche Kandidatin Bulgariens Rumiana Jeleva, welche für das Ressort Humanitäre Hilfe und Krisenschutz bestimmt war, musste damals ihre Kandidatur aufgrund eines nicht widerlegten Interessenskonfliktes zurückziehen. Für Bulgarien nachgerückt ist Kristalina Georgieva, die für das neue Amt ihren Posten als Vize-Präsidentin der Weltbankgruppe aufgab. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Anhörung der Ersatz-Kandidatin Bulgariens am 3. Februar 2010 erhielt das neue Team der Kommission am 9. Februar 2010 mit 436 Ja-Stimmen bei 137 Gegenstimmen und 73 Enthaltungen die Zustimmung des Europäischen Parlaments.








Großbritanniens Kandidatin Catherine Ashton für das Kommissions-Ressort Außenpolitik trägt einen „Doppelhut“: Im

November 2009 hatten die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten sie bereits für das im Rat angesiedelte Amt der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik nominiert.

Aktuelles Thema der neuen Europäischen Kommission ist mit dem Auslaufen der Lissabon-Strategie für ein wettbewerbsfähiges Europa bis Ende 2010 der neue 10-Jahres-Plan für Wachstum. Die Arbeiten an der Lissabon-Folgestrategie „EU2020“ laufen bereits. Als weitere wichtige Themen nennt die Europäische Kommission 2010-2014 die Erderwärmung und den Klimawandel - hierfür wurde ein eigenes Klimaschutzressort geschaffen (Kommissarin Connie Hedegaard). Neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik ist der Österreicher Johannes Hahn.

Die neu formierte Kommission hat 27 Mitglieder - jeder Mitgliedstaat entsendet ein Mitglied – davon gehörten 14 (einschließlich Kommissionspräsident Manuel Barroso) der vorangegangenen Kommission (2004-2009) an.

Die Mitglieder der Europäischen Kommission 2010 bis 2014 sind:

	José Manuel BARROSO, Portugal	Kommissionspräsident
	Catherine ASHTON, Großbritannien	Hohe Vertreterin für die Außenpolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
	Neelie KROES, Niederlande	Vizepräsidentin, Digitale Agenda
	Joaquin ALMUNIA, Spanien	Vizepräsident, Wettbewerb
	Antonio TAJANI, Italien	Vizepräsident, Industrie und Unternehmenspolitik
	Siim KALLAS, Estland	Vizepräsident, Verkehr
	Maros SEFCOVIC, Slowakische Republik	Vizepräsident, Verwaltung, Beziehung zu EU-Institutionen

	Karel de GUCHT, Belgien	Handelskommissar
	Kristalina GEORGIEVA, Bulgarien	Humanitäre Hilfe, Krisenschutz
	Connie HEDEGAARD, Dänemark	Klimaschutz
	Günther OETTINGER, Deutschland	Energie
	Olli REHN, Finnland	Wirtschaft und Währung
	Michel BARNIER, Frankreich	Binnenmarkt und Dienstleistungen
	Maria DAMANAKI, Griechenland	Fischerei und maritime Angelegenheiten
	Marie GEOGHEGAN-QUINN, Irland	Forschung und Innovation
	Andris PIEBALGS, Lettland	Entwicklungshilfe
	Algirdas SEMETA, Litauen	Steuer, Zollangelegenheiten, Betrugsbekämpfung
	Viviane REDING, Luxemburg	Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft
	John DALLI, Malta	Gesundheit und Konsumentenschutz
	Johannes HAHN, Österreich	Regionalpolitik

	Janusz LEWANDOWSKI, Polen	Budget und Finanzplanung
	Dacian CIOLOS, Rumänien	Landwirtschaft
	Cecilia MALSTRÖM, Schweden	Inneres
	Janez POTOČNIK, Slowenien	Umwelt
	Stefan FÜLE, Tschechische Republik	Erweiterung und Nachbarschaftspolitik
	Laszlo ANDOR, Ungarn	Beschäftigung, Soziales und Integration
	Androulla VASSILIOU, Zypern	Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend

Folgende EU-KommissarInnen werden in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung für das Bundesland Salz-

burg sein (es handelt sich dabei um einen Auszug - nicht abschließend!):

Siim KALLAS, Estland Salzburg betreffend:	Vizepräsident, Verkehr Ein zentrales Ressort für das Land Salzburg; in den nächsten Monaten spielen die Themen Revision der Wegekostenrichtlinie (Internalisierung der externen Kosten), Revision der Transeuropäischen Leitlinien (einerseits Ausbau der Strecke Salzburg – Linz – Wien bzw. Zukunft der Tauernstrecke), Richtlinienvorschlag zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrsvorschriften sowie die Frage der Gialiner eine prioritäre Rolle.
Connie HEDEGAARD, Dänemark Salzburg betreffend:	Klimaschutz Zentrales Querschnittsthema für die nächsten Jahre; sollte in allen Bereichen berücksichtigt werden.
Marie GEOGHEGAN-QUINN, Irland Salzburg betreffend:	Forschung und Innovation Neues Rahmenprogramm für Forschung für 2014: Hier Forderung an die Europäische Kommission: Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für kleiner Forschungseinrichtungen und KMU; dies könnte die Beteiligung der Salzburger Unternehmen an EU-Projekten im Bereich Forschung noch erhöhen.

Michael BARNIER, Frankreich Salzburg betreffend:	Binnenmarkt und Dienstleistungen Insbesondere die Frage der Revision der Vergaberichtlinien sowie der Wunsch der Kommission im Bereich der Dienstleistungskonzessionen einen Vorschlag unterbreiten zu wollen müssen verfolgt werden.
John DALLI, Malta Salzburg betreffend:	Gesundheit und Konsumentenschutz Prioritäre Themen sind u. a.: PatientInnenmobilitätsrichtlinie (Quo vadis? – Möglicherweise wird unter Dalli ein neuer EK-Vorschlag vorgelegt werden), Seltene Krankheiten (EB-Haus Salzburg als "EU-Referenzzentrum"); Starke Einbindung der EK in das EHFG
Johannes HAHN, Österreich Salzburg betreffend:	Regionalpolitik Zentrales Ressort für das Bundesland Salzburg: An der Ausrichtung der Kohäsionspolitik post 2013 wird derzeit gearbeitet. Aktives Lobbying, um die Forderungen des Landes Salzburg (Beibehaltung des Ziels "regionale Wettbewerbsfähigkeit" sowie der grenzüberschreitenden Instrumente – Interreg; keine Forcierung der Makroregionen) durchsetzen zu können.
Janusz LEWANDOWSKI, Polen Salzburg betreffend:	Budget und Finanzplanung Neuer Finanzplan ab 2014; die Rolle Salzburgs im Prozess und Perspektive der Nettozahler
Janez POTOČNIK, Slowenien Salzburg betreffend:	Umwelt Ausschöpfung der Programme im Umweltbereich wie u. a. LIFE +, etc.
Dacian CIOLOS, Rumänien Salzburg betreffend:	Landwirtschaft Die Entwicklungen in den Bereichen Gentechnik, Milchquote, Entwicklung des ländlichen Raums (Berggebiete), etc. sollten verfolgt werden.
Androulla VASSILIOU, Zypern Salzburg betreffend:	Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend Die Bildung fällt in die Ressortzuständigkeit von Androulla Vassiliou; wesentlich dabei ist die Frage der zukünftigen Unizugangsregelungen für "Numerus Clausus Flüchtlinge" an der Salzburger Universität.
Günther OETTINGER, Deutschland Salzburg betreffend:	Energie Förderung von Vorschlägen im Bereich der erneuerbaren Energien. Beobachtung der Entwicklungen in der Frage der Atomenergie.
Laszlo ANDOR, Ungarn Salzburg betreffend:	Beschäftigung, Soziales und Integration Weiterentwicklung der Lissabon Strategie für Wachstum & Beschäftigung.
Viviane REDING, Luxemburg Salzburg betreffend:	Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Unter anderem stehen die Themen der Zukunft der EU-Kommunikationspolitik sowie die Bürgerinitiative im Vordergrund.
Joaquin ALMUNIA, Spanien Salzburg betreffend:	Wettbewerb Vor allem Fragen der Firmenzusammenschlüsse, staatliche Beihilfen, etc.

Bericht über die Anhörungen der KommissionskandidatInnen im Extrablatt Nr. 52 (Februar 2010):

http://www.salzburg.gv.at/eu-extrablatt_52.pdf

Weiterführende Informationen des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20100209IPR68680+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Abschied der Salzburger EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner

Ende Jänner 2010 lud EU-Botschafter Dietmar Schweisgut zu einer Abschiedsfeier der ehemaligen aus Salzburg stammenden EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner ein. Zahlreiche hochrangige EU-BeamtInnen, Diplomatinnen und JournalistInnen folgten der Einladung des Ständigen Vertreters Österreichs bei der EU. Ebenso nahm die Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg Michaela Petz-Michez an der Feier teil. Im Rahmen ihrer Abschlussrede betonte Benita Ferrero-Waldner welche Freude sie an der Arbeit als EU-Außenkommissarin hatte unterstrich jedoch, dass sie sich nach jahrelanger politischer Tätigkeit dafür entschieden hätte von der Politik in die Privatwirtschaft zu wechseln.

Während eines bilateralen Gesprächs zwischen Benita Ferrero-Waldner und Michaela Petz-Michez bedankte sich die ehemalige Kommissarin für Außenbeziehungen für die

Weiterführende Informationen der Europäischen Kommission:

http://ec.europa.eu/news/eu_explained/100215_de.htm

großartige Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel.

Nach jüngsten Informationen wird die frühere EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner im Aufsichtsrat der Münchener Rückversicherungsgesellschaft Munich Re tätig. Die 61-Jährige soll somit den im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen belgischen EU-Kommissar Karel van Miert ersetzen. Munich Re arbeitet im Rahmen des Wüstenstromprojekts DESERTEC mit der Europäischen Kommission zusammen.

Siehe dazu:

<http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/neuer-job-fr-ferrero-waldner-002745>

Laufende Vorarbeiten zur EU 2020-Strategie

Rechtzeitig zur informellen Zusammenkunft der EU-Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat am 11. Februar 2010 in Brüssel hat die Europäische Kommission am 2. Februar 2010 die ersten Ergebnisse ihrer Online-Konsultation zur Lissabon-Nachfolge-Strategie, der so genannten „EU 2020“-Strategie, vorgelegt. Von 24. November 2009 bis 15. Jänner 2010 konnten Interessierte und Stakeholder an der Internet-Anhörung zur strategischen Neuausrichtung der EU-Wachstumspolitik von 2011 bis 2020 teilnehmen. Kommissionsangaben zufolge wurden rund 1 500 Beiträge von einer Vielzahl von Beteiligten eingereicht, darunter alle Mitgliedstaaten, zahlreiche nationale und europäische Organisationen sowie Sozialpartner, etwa 120 regionale und kommunale Gebietskörperschaften, viele Unternehmens- und Berufsverbände sowie Nichtregierungsorganisationen und fast 500 BürgerInnen.

Als Organ der EU-Regionen und EU-Gebietskörperschaften hatte der Ausschuss der Regionen bereits im Dezember 2009 eine Initiativ-Stellungnahme zum Thema vorgelegt, in der er seine Besorgnis über eine mögliche mangelnde

Einbindung der regionalen Ebene in die künftige Wachstumsstrategie zum Ausdruck bringt.

Die EU2020-Strategie soll auf der Frühjahres-Tagung des MinisterInnenrates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und KonsumentInnenschutz am 8. März 2010 beraten werden. Mit Blick auf den traditionell im Frühjahr stattfindenden Rat zum Thema Beschäftigung erstellt das Europäische Parlament zudem aktuell eine eigene Entschlie- ßung zur EU2020-Strategie. Die Vorarbeiten hierfür werden vom Fachausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments durchgeführt. Zentrale Punkte in der Debatte des Europäischen Parlaments über die EU2020-Strategie sind u.a. die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise sowie die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Energie, Grüne Technologien und europäische Finanzaufsicht.

Siehe auch Bericht im Extrablatt Nr. 52 (Februar 2010) „Was kommt nach der Lissabon-Strategie?“

http://www.salzburg.gv.at/eu-extrablatt_52.pdf

Presseerklärung des Ausschusses der Regionen zur EU-2020-Initiativ-Stellungnahme:

<http://cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=b8fbbfe6-e19a-437e-bd6a-8090bb139d40>

Laufende Tätigkeiten des Europäischen Parlaments zur EU-2020-Strategie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+IM-PRESS+20100210BKG68822+0+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>

Weiterführende Informationen der Europäischen Kommission zum Thema:

http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm

Vorarbeiten zum Frühjahresrat der Europäischen Union:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06422.de10.pdf>

Neues europäisches Zuschussinstrument für Technische Hilfe bei Investitionen in Energieeffizienz

8

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben ein neues Zuschussinstrument geschaffen, das lokale und regionale Behörden bei Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen unterstützen wird. Der weltweite Kampf gegen den Klimawandel ist eine der Topprioritäten der Europäischen Union. Nach Auffassung der Europäischen Kommission werden lokale Akteure bei der Annahme dieser Herausforderung eine zentrale Rolle spielen. Die Europäische Fazilität für technische Hilfe (ELENA) soll Städte und Regionen dabei helfen, Projekte möglichst effizient zu strukturieren und durchzuführen, um dadurch den Zugang zu externen Finanzmitteln zu erleichtern. Für eine Förderung in Frage kommen z.B. der Umbau von öffentlichen und privaten Gebäuden, nachhaltiges Bauen, energieeffiziente Fernwärmenetze und Kühlsysteme, umweltfreundlicher Verkehr, Straßenbeleuchtung etc. ELENA unterstützt die AntragstellerInnen bei den Kos-

ten für technische Hilfe im Rahmen der Vorbereitung für ein entsprechendes Investitionsprogramm, das betrifft z.B. Machbarkeits- und Marktstudien, Geschäftspläne, Vorbereitungen für Vergabeverfahren u.v.a.m. Die Fazilität kann gegebenenfalls mit Förderungen aus anderen EU-Fonds kombiniert werden.

Erstkontakt für ELENA-Anfragen an die EIB (auch auf Deutsch):

elena@eib.org

Weiterführende Informationen der EIB zur neuen Kreditfazilität:

<http://www.eib.org/elena>

Europäische BürgerInneninitiative – Stakeholder-Hearing in Brüssel

Auf dem von der Europäischen Kommission am 22. Februar 2010 in Brüssel veranstalteten Stakeholder-Hearing zu ihrem Grünbuch über die mit In-Kraft-Treten des Lissabon-Vertrags am 1. Dezember 2009 eingeführte Europäische BürgerInneninitiative (das Verbindungsbüro berichtete im Extrablatt Nr. 51) konnten die ca. 150 anwesenden VertreterInnen von nationalen und lokalen Regierungsvertretungen, Nichtregierungsorganisationen und einzelne BürgerInnen ihre Vorschläge und Anregungen für die Gestaltung der Durchführungsmodalitäten für die Europäische BürgerInneninitiative vorbringen. Die dafür vorgesehene EU-Verordnung wird von Kommission, Europäischem Parlament und Rat der Europäischen Union gemeinsam verfasst. Maroš Šef ovi , Kommissar für Institutionelle Angelegenheiten und Vize-Präsident der Europäischen Kommission,

informierte die Anwesenden über die ersten Ergebnisse der Konsultation: Auf ihr Grünbuch zur Europäischen BürgerInneninitiative hat die Europäische Kommission insgesamt 323 Antworten erhalten, darunter Beiträge von 33 öffentlichen Einrichtungen sowie von 199 BürgerInnen. Kernbotschaft der zahlreichen Vorschläge zu den Durchführungsmodalitäten für die BürgerInneninitiative sei die Forderung nach NutzerInnenfreundlichkeit - die BürgerInneninitiative, so das Ergebnis der Konsultation - sollte leicht verständlich und vor allem leicht zugänglich gestaltet werden. Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, MdEP Gerald Häfner, betonte, dass die neue Europäische BürgerInneninitiative den UnionsbürgerInnen zum ersten Mal ein partizipatives und transnationales Instrument an die Hand gebe, mit dem diese ihre Anliegen unmittelbar an

die Kommission und damit an die EU herantragen könnten. Bei der Gestaltung der EU-Verordnung für die Durchführungsmodalitäten werde das Europäische Parlament genau darauf achten, dass neben den Verpflichtungen für die InitiatorInnen einer Europäischen BürgerInneninitiative auch die Verpflichtungen und Aktivitäten der Europäischen Kommission im Falle einer erfolgreichen Unterschriftensammlung geregelt würden. Dieser Aspekt komme im Grünbuch der Kommission zu kurz.

Für den Spanischen Ratsvorsitz sprach sich Diego Lopez Garrido, Spaniens Staatssekretär für die Europäische Union, für eine möglichst zügige europäische Rechtsetzung für die Europäische BürgerInneninitiative aus. Er forderte die Kommission auf, ihren Vorschlag für eine Verordnung zur Europäischen BürgerInneninitiative möglichst noch vor dem von der Kommission genannten Termin im April 2010 vorzulegen. Das Thema habe für den Spanischen Ratsvorsitz hohe Priorität.

Das Protokoll der Veranstaltung können Sie im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU unter dem Ge-

schäftszeichen B-VIA/4 per E-Mail an bruessel@salzburg.gv.at anfordern.

Weiterführende Informationen der Europäischen Kommission zum Konsultationsprozess finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm

Den Konsultationsbeitrag des Landes Salzburg können Sie hier einsehen:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/contrib_pub_auth_en.htm

Siehe auch Extrablatt Nr. 51 (Dezember 2009) „Europäische Kommission legt Grünbuch zur Bürgerinitiative vor“:

http://www.salzburg.gv.at/eu-extrablatt_51.pdf

9

Plenarwoche des Europäischen Parlaments von 8. bis 11. Februar 2010

Höhepunkt der Straßburger Plenarwoche des Europäischen Parlaments von 8. bis 11. Februar 2010 war die Abstimmung der 736 europäischen VolksvertreterInnen über das neue Team der Europäischen Kommission unter Kommissionspräsident Manuel Barroso.

Weitere wichtige Themen waren:

- ein Beschluss des Europäischen Parlaments zur Ausweitung der Förderungsregelungen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung für den Sozialen Wohnungsbau auf die „alten“ Mitgliedstaaten,
- eine Initiative der ParlamentarierInnen zur Gewährung des Rechts auf Vaterschaftsurlaub in allen Mitgliedstaaten

- und die Beurteilung der Beitrittskandidaten Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei.

Weiterführende Informationen finden Sie hier:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-68312-039-02-07-901-20100128FCS68186-08-02-2010-2010/default_de.htm

Intermodaler Güterverkehr - Informationsveranstaltung zu Marco Polo 2010

Am 10. Februar 2010 informierte die Europäische Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI) am Marco-Polo Informationstag 2010 in Brüssel über die Ausrichtung des Förderprogramms für den intermodalen Verkehr im Jahr 2010. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf Güter-Schifffahrt (u.a. Binnenschifffahrt) mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung und des Abzugs von Güterlasten aus dem Straßenverkehr.

Die nächste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Marco-Polo wurde für März 2010 angekündigt.

Das Protokoll der Veranstaltung können Sie im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU unter dem Geschäftszeichen B-XIV/151 per E-Mail an bruessel@salzburg.gv.at anfordern.

Weiterführende Informationen zum Programm Marco Polo finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/transport/marcopolo/home/home_en.htm (nur auf Englisch verfügbar).

Mikrofinanzierungsinstrument für Kleinunternehmen – Einigung über Finanzierung ab 2011 erreicht

Nachdem das Europäische Parlament im Dezember 2009 bereits die Finanzierung im Haushaltsjahr 2010 für die neue Kreditfazilität für Unternehmens-Start-Ups gebilligt hatte, haben Rat und Europäisches Parlament am 11. Februar 2010 eine Einigung über die Anschlussfinanzierung des Mikrofinanzierungsinstruments für die Jahre 2011 bis 2013 erzielt.

Die Finanzierungshilfe steht öffentlichen wie privaten Einrichtungen in den Mitgliedstaaten zur Verfügung, die Mikrokredite für Personen und Kleinunternehmen anbieten. Die Mittel werden über die Europäische Investitionsbank (EIB) und den Europäischen Investitionsfonds (EIF) bereitgestellt.

Der EIF ist eine Tochtergesellschaft der EIB; er übernimmt Beteiligungen an Fonds, die Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) unterstützen - beispielsweise durch die Bereitstellung von Risikokapital oder durch Private Equity in der Früh- oder Expansionsphase.

Die EIB ihrerseits stellt Geschäftsbanken Finanzierungsmittel zu günstigen Zinssätzen zur Verfügung, um diesen die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen zu erleichtern. Die Partnerbanken geben dabei die Vorteile, die mit der EIB-Finanzierung verbunden sind, an die einzelnen KreditnehmerInnen weiter.

Interessierte Unternehmen müssen ihren Kreditantrag bei einer der Geschäftsbanken stellen, die ein EIB-Darlehen für KMU erhalten haben. Die Kreditentscheidung liegt dabei

allein bei der Partnerbank, die jeden Antrag prüft und die das Kreditrisiko trägt.

Siehe auch Extrablatt Nr. 52 (Februar 2010) „Mikrokredite für Unternehmensgründungen“:

http://www.salzburg.gv.at/eu-extrablatt_52.pdf

Weiterführende Informationen der Europäischen Investitionsbank:

<http://www.eib.org/projects/topics/sme/venture-capital/index.htm>

<http://www.eib.org/projects/topics/sme/intermediaries/index.htm>

Zwischengeschaltete Banken und Finanzinstitute in Österreich:

http://www.eib.org/attachments/lending/inter_at.pdf

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20100210IPR68826+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

Dienstag ist Europa-Tag an der Pädagogischen Hochschule Salzburg

Am 9. März 2010 veranstaltet die Pädagogische Hochschule (PH) Salzburg erneut eine Online-Konferenz zu internationalen Bildungsthemen im Rahmen des EU-weiten Projekts „SchülerInnen und LehrerInnen erleben Europa“: Der Salzburger Historiker und Vizerektor Christoph Kühberger stellt eine aktuelle Studie zur Darstellung der EU in je fünf Schulbüchern in fünf Mitgliedstaaten vor. Er diskutiert über die kritische EU-Haltung in den Büchern und über die Notwendigkeit, das Fach Geschichte vom „Lernfach in ein Denkfach“ zu wandeln.

Die Veranstaltung können Sie live am Bildschirm im Internet mitverfolgen oder Sie können direkt am Seminar an der PH Salzburg teilnehmen. Bei Interesse melden Sie Ihre Teilnahme bitte bis 5. März 2010 an.

Alle Online-TeilnehmerInnen können sich aktiv und direkt via schriftlichen Chat und durch direkte Wortmeldungen an

der Diskussion beteiligen bzw. Fragen zu den jeweils präsentierten Inhalten stellen.

Für die Online-Teilnahme benötigen Sie Kopfhörer und Internetanschluss.

Eine Kurzanleitung finden Sie unter:

<http://www.slideshare.net/davidroethler/adobe-connect-kurzanleitung-2827025>

Einloggen können Sie hier:

<http://proj.emea.acrobat.com/eudienstag/>

Veranstaltungszeit und -ort:

■ Dienstag, 9. März 2010, 18.30 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden

■ PH Salzburg, Akademiestraße 23, Salzburg, Haus A,,
1. Stock, Raum 116

www.phsalzburg.at/international-office

www.projektkompetenz.eu

Weiterführende Informationen und Anmeldung unter

<http://www.eudiensttag.eu/doku.php>

HBLA-Saalfelden besucht die Europahautstadt

Von 3. bis 4. Februar 2010 besuchten 49 SchülerInnen der Höheren Bundeslehranstalt und Bundesfachschule für Wirtschaftliche Berufe HBLA-Saalfelden unter der Leitung von Robert Kalss die Hauptstadt der EU. Bei ihrem Besuch im Europäischen Parlament erhielten die SchülerInnen einen Einblick in die Tätigkeiten eines Abgeordneten-Büros (MdEP Elisabeth Köstinger), es folgten Fachvorträge in der Europäischen Kommission, in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union und im Rat der Europäischen Union. Den Programmabschluss bildete ein Besuch im Ver-

bindungsbüro des Landes Salzburg zur Europäischen Union; VBB-Leiterin Michaela Petz-Michez informierte die HBLA-SchülerInnen über die Tätigkeiten des Büros.

Das zweitägige Fachprogramm hat das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur Europäischen Union organisiert.

Siehe auch: „HBLA goes Europe“ auf

<http://www.hbla-saalfelden.at>

11

Besuch der EU-Institutionen durch das BG Nonntal

Im Rahmen ihres viertägigen Besuchsprogramms in Brüssel von 16. bis 19. Februar 2010 haben 64 Schülerinnen des Bundesgymnasiums/Europagymnasiums Nonntal unter Leitung von Josef Brunsteiner in sechs Stationen das EU-Viertel in der europäischen Hauptstadt Brüssel kennengelernt. Im Europäischen Parlament wurden die SchülerInnen vom Abgeordnetenbüro MdEP Ulrike Lunacek empfangen. Weitere Stationen mit Fachvorträgen zu Themen wie Bildungspoli-

tik, KonsumentInnenschutz, Reisefreiheit und Außengrenzkontrollen sowie EU-Erweiterung, waren der Ausschuss der Regionen, die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union sowie die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union und das Brüsseler Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU.

Das viertägige Fachprogramm hat das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur Europäischen Union organisiert.

Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU

Zuschüsse für Maßnahmen zur Unterstützung der Politik der Integration von Drittstaatsangehörigen – Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (2010/C 10/07)

Ziele und Beschreibung:

Die Bemühungen der Mitgliedstaaten, es Drittstaatsangehörigen zu ermöglichen die Aufenthaltsbedingungen zu erfüllen und ihre Integration in europäische Gesellschaften zu erleichtern, sollen unterstützt werden.

Der Fokus liegt dabei auf der Integration von neu-zugewanderten Personen. Vor allem sollen der Informationsaustausch und die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden.

Förderungsfähige AntragstellerInnen:

- Der/die AntragstellerIn und die Partnerorganisationen müssen in einem der 26 Mitgliedstaaten, die am Europäischen Integrationsfonds teilnehmen, registrierte Rechtsträger sein (alle Mitgliedstaaten außer Dänemark).
- Um eine transnationale Dimension zu sichern, muss die Partnerschaft mindestens fünf voneinander unabhängige Organisationen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten umfassen.
- Es werden nur Organisationen, die auf non-profit Grundlage arbeiten, in Betracht gezogen.

Förderungsfähige Projekte:

- Die maximale Projektdauer beträgt 18 Monate.

- Projekten zur Unterstützung der Integration von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten werden keine Mittel zugesprochen, da sie unter einen eigens eingerichteten Fonds (den Europäischen Flüchtlingsfonds) fallen.
- Projekte sollen unter der Mitwirkung von ImmigrantInnen durchgeführt werden.
- Projekte sollen in Kooperation mit allen relevanten Akteuren (lokale Behörden, Regierungen der Mitgliedsstaaten, Forschungsinstitutionen etc.) durchgeführt werden.

Antragstellung:

Anträge müssen mit Hilfe des elektronischen Systems Priamos online eingereicht werden. AntragstellerInnen müssen sich vor Verwendung des Systems registrieren. Ein Tutorial zur Bedienung von Priamos findet sich unter

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/doc/electronic_applications/Introduction_Applicants.htm

Förderungsmittelbudget:

Insgesamt beträgt das Budget 4 580 000 EUR. Die zugesprochenen Förderungsmittel pro Projekt liegen zwischen 200 000 EUR und 750 000 EUR.

Einreichfrist:

3. März 2010

Weitere Informationen, sowie Links zum online Registrierungssystem sind hier erhältlich:

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/integration/funding_integration_en.htm

Den Ausschreibungstext finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/integration/docs/call_for_proposal_2009/call_proposals_2009_en.pdf
(nur auf Englisch verfügbar).

Den deutschen Originaltext der Ursprungsausschreibung finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:010:0025:0025:DE:PDF>

Erstkontakt für Rückfragen:

Österreichischer Integrationsfond (ÖIF)
Sandra Holzner
Schlachthausgasse 30
1030 Wien
Tel.: +43 1 710 12 03 - 161
E-Mail: ef@integrationsfonds.at
Internet: <http://www.integrationsfonds.at>

Europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung - Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (2010/C 21/10)

Ziele und Beschreibung:

COST ist eine europäische Forschungsinitiative und steht als Abkürzung für Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, den Aufbau von innovativen und interdisziplinären Forschungsnetzen voranzutreiben, und bemüht sich, ForscherInnen und ExpertInnen, die in speziellen thematischen Bereichen tätig sind, zusammenzubringen. Das Themenspektrum von COST ist in neun Fachbereiche unterteilt.

Förderungsfähige Projekte:

- Vorschläge sollten die Beteiligung von ForscherInnen aus mindestens fünf COST-Ländern vorsehen.
- BewerberInnen sollen angeben, welchem Fachbereich sie ihren Vorschlag zuordnen, wobei disziplinär-übergreifende Vorschläge durchaus erwünscht sind.
- Förderungsmittel werden nicht für Forschungsmaßnahmen selbst zugesprochen, sondern für Vernetzungsmaßnahmen wie Konferenzen, Tagungen und wissenschaftliche Öffentlichkeitsarbeit

Antragstellung:

Als erste Stufe soll ein vorläufiger Vorschlag (max. 1500 Worte/3 Seiten) über ein Online-Formular eingereicht werden. Die zuständigen Bereichsausschüsse prüfen die Vorschläge und wählen mehrere BewerberInnen aus, die daraufhin einen ausführlichen Vorschlag verfassen, von denen schließlich diejenigen ausgewählt werden, die die Förderung erhalten.

Einreichfrist:

Stichtag für die Abgabe von vorläufigen Vorschlägen ist der 26. März 2010 17.00 Uhr Brüsseler Zeit. Ca. 80 BewerberInnen erhalten die Aufforderung zur Abgabe eines ausführlichen Vorschlags, der dann bis 30. Juli 2010 vorgelegt werden muss.

Förderungsmittelbudget:

Die finanzielle Unterstützung bewegt sich in der Größenordnung von etwa 100 000 EUR pro Jahr über einen Zeitraum von in der Regel vier Jahren.

Nähere Informationen zur Gliederung in Fachbereiche, Auswahlkriterien sowie das Online-Formular für den vorläufigen Vorschlag finden sich hier:

http://www.cost.esf.org/about_cost

Den deutschen Originaltext der Ursprungsausschreibung finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:021:0038:0039:DE:PDF>

Erstkontakt für Rückfragen:

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Helga Mieling
Abteilung K3
Radetzkystraße 2
1030 Wien
Tel.: +43 1 71162 65 1300
Fax: +43 1 71162 65 1399
E-Mail: helga.mieling@bmvit.gv.at
Internet: <http://www.bmvit.gv.at/innovation/international/cost/index.html>

*Programm zur Unterstützung der IKT–
Politik als Teil des Rahmenprogramms
für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
(2007–2013) – Aufforderung zur
Einreichung von Vorschlägen*

Ziele und Beschreibung:

Das Programm zur Unterstützung der Politik in Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat das Ziel eine Beschleunigung der Entwicklung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen, innovativen und alle Bereiche der Gesellschaft einschließenden Informationsgesellschaft herbeizuführen. Zu diesem Zweck soll eine verstärkte Anwendung und bestmögliche Nutzung von IKT durch BürgerInnen, Unternehmen und Regierungen gefördert werden.

Förderungsfähige Projekte:

Projekte mit folgenden Themenschwerpunkten kommen für die Förderung in Frage:

- Nutzen von IKT für eine kohlenstoffarme Wirtschaft und intelligente Mobilität;
- digitale Bibliotheken;
- IKT in der Gesundheitsfürsorge und sozialen Integration;
- Innovation für zukünftige Internet-basierte Dienste in „intelligenten“ Städten;
- IKT für bessere öffentliche Dienste für BürgerInnen und Unternehmen;
- multilinguales Netz

Förderungsfähige AntragsstellerInnen:

Das Programm ist für alle Rechtspersonen mit Sitz in den EU-Mitgliedstaaten offen. Außerhalb der EU angesiedelte Rechtspersonen können zu gleichen Bedingungen wie solche aus den Mitgliedstaaten teilnehmen, sofern mit dem

Herkunftsland ein Assoziierungsabkommen geschlossen wurde.

Antragstellung:

Anträge müssen mit Hilfe des elektronischen Systems der Europäischen Kommission (EPSS) eingereicht werden.

Förderungsmittelbudget:

Insgesamt beträgt das Budget 107 Mio EUR.

Einreichfrist:

Stichtag für die Einreichung der Vorschläge ist der 1. Juni 2010 17.00 Uhr Brüsseler Zeit.

Nähere Informationen zu den verschiedenen Themenbereichen und dem Bewerbungsablauf, sowie das elektronische System zur Einreichung der Anträge (zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abrufbar) finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/ict_psp/participating/calls/call_proposals_10/index_en.htm (nur auf Englisch verfügbar).

Den deutschen Originaltext der Ursprungsausschreibung finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:015:0030:0030:DE:PDF>

AnsprechpartnerIn in Österreich:

Thomas Zergoi
Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG)
Sensengasse 1
1090 Wien
Tel.: +43 0 5 7755 4201
Fax: +43 0 5 7755 94200
E-Mail: thomas.zergoi@ffg.at

*EuroUnderstanding – Verstehen und
Missverstehen: Kognition, Kommunikation
und Kultur - Aufforderung zur
Einreichung von Vorschlägen*

Ziele und Beschreibung:

Die Europäische Wissenschaftsstiftung (EWS) fordert zur Einreichung von Vorschlägen für Kooperationsprojekte im Rahmen des EUROCORES Programm „Verstehen und Missverstehen: Kognition, Kommunikation und Kultur“ auf. Ziel des Programms ist es, SozialwissenschaftlerInnen, die auf dem Gebiet der interkulturellen Kommunikation und der kulturellen Kognition und Identitätsbildung arbeiten, miteinander zu vernetzen und es zu ermöglichen interdisziplinäre Forschung zu betreiben.

Antragstellung:

- Vorschläge müssen in Form eines Gemeinschaftsantrages von mindestens drei WissenschaftlerInnen aus drei verschiedenen Ländern gestellt werden.
- Die Einreichung des Gemeinschaftsantrages erfolgt durch den/die ProjektkoordinatorIn online direkt bei der EWS.
- Zusätzlich benötigt der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) in Österreich zur Abwicklung der Projektteile aus Österreich vom/von der ProjektleiterIn ausgefüllte Antragsformulare für internationale Kooperationsprojekte sowie eine 1-seitige Projektzusammenfassung in den Sprachen Deutsch und Englisch.
- Projekte werden für maximal drei Jahre gefördert.

Förderungsmittelbudget:

Die Förderungsmittel selbst werden direkt durch den FWF gestellt. Die Unterstützung für Vernetzungsmaßnahmen und Informationsaustausch wird zwar auch von dem österreichischen Fonds finanziert, jedoch zentral von der Europäischen Wissenschaftsstiftung verwaltet. Der FWF fördert maximal vier Projekte.

Einreichfrist:

Stichtag für die Einreichung von Vorschlägen ist der 8. April 2010 12.00 Uhr MEZ.

AnsprechpartnerIn in Österreich:

Beatrix Asamer
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)
Haus der Forschung
Sensengasse 1
1090 Wien
Tel.: +43 1 505 67 40 8307
Fax: +43 1 505 67 39
E-Mail: beatrix.asamer@fwf.ac.at
Internet: www.fwf.ac.at

Weitere Informationen zur Unterstützung des FWF finden Sie unter:

http://www.fwf.ac.at/de/internationales/foerderkategorien_eurocores.html

Näheres zum Programm und dem Bewerbungsablauf, sowie das elektronische System zur Einreichung der Anträge finden Sie unter:

<http://www.esf.org/activities/eurocores/programmes-in-preparation/euounderstanding.html> (nur auf Englisch verfügbar).

„Jugend in Aktion“ - Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Ziele des Programms:

- Mit dem Programm sollen gemeinnützige Projekte sowie im Jugendbereich tätige Organisationen und Verbände unterstützt werden. Die inhaltlichen Zielsetzungen des Projekts lauten:
- Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen vor allem im Hinblick auf ihren europäischen Bürgersinn
- Entwicklung von Solidarität und Toleranz unter jungen Menschen.
- Anregung zu einem gegenseitigen Verständnis zwischen jungen Menschen in verschiedenen Ländern.
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen im Jugendbereich.

Förderungsfähige Maßnahmen:

Es werden Projekte unterstützt, deren Aktivitäten mindestens eine der folgenden Aktionen abdecken:

- Aktion 1: Jugend für Europa
 - Unteraktion 1.1 Jugendbegegnungen
 - Unteraktion 1.2 Jugendinitiativen
 - Unteraktion 1.3 Projekte der partizipativen Demokratie
- Aktion 2: Europäischer Freiwilligendienst
- Aktion 3: Jugend in der Welt
 - Unteraktion 3.1. Zusammenarbeit mit EU-Nachbarländern
 - Unteraktion 3.2 Zusammenarbeit mit anderen Ländern weltweit
- Aktion 4: Unterstützungssysteme für junge Menschen
 - Unteraktion 4.1 Unterstützung europäischer NRO im Jugendbereich
 - Unteraktion 4.2 Unterstützung des Europäischen Jugendforums
 - Unteraktion 4.3 Ausbildung und Vernetzung von in der Jugendarbeit und in Jugendorganisationen Tätigen
 - Unteraktion 4.4 Projekte zur Förderung von Innovation und Qualität
 - Unteraktion 4.5 Informationsaktivitäten für junge Menschen und die in der Jugendarbeit und in Jugendorganisationen Tätigen
 - Unteraktion 4.6 Partnerschaften
 - Unteraktion 4.7 Unterstützung der Programmstrukturen
 - Unteraktion 4.8 Valorisierung
- Aktion 5: Unterstützung europäischer Zusammenarbeit im Jugendbereich
 - Unteraktion 5.1 Begegnungen junger Menschen mit den für die Jugendpolitik Verantwortlichen
 - Unteraktion 5.2 Unterstützung von Aktivitäten zum besseren Kenntniserwerb im Jugendbereich
 - Unteraktion 5.3 Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Förderungsfähige AntragsstellerInnen:

Die Förderungsfähigkeit antragstellender ProjektträgerInnen wird im Programmhandbuch für jede Aktion bzw. Unteraktion eigens festgelegt.

Das Programmhandbuch finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/youth/youth-in-action-programme/doc/how_to_participate/programme_guide_09/programme_guide_09_de.pdf

Antragstellung:

Anträge werden je nach behandelte Aktion bzw. Unteraktion entweder bei der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) oder bei der Österreichischen Nationalagentur „Jugend in Aktion“ eingereicht.

Details dazu sind hier nachzulesen:

http://eacea.ec.europa.eu/youth/programme/how_apply_de.php

Antragsformulare finden Sie unter

<http://www.jugendinaktion.at/start.asp?ID=181&b=70>

Förderungsmittelbudget:

Für den Zeitraum 2007—2013 verfügt das Programm über ein Gesamtbudget von 885 Mio EUR.

Einreichfristen:

- Für Projekte, die bei der Nationalagentur eingereicht werden, werden pro Jahr fünf Antragstermine festgelegt. Nächster Stichtag ist der 1. April 2010 (Projektbeginn zwischen 1. Juli und 30. November).
- Für Projekte, die bei der EACEA eingereicht werden, werden pro Jahr drei Antragstermine festgelegt. Nächste Einreichfrist ist der 1. Juni 2010 (Projektbeginn zwischen 1. Dezember und 30. April)

Erstkontakt in Salzburg:

Katharina Hinterhofer
Akzente Salzburg
Glockengasse 4c
5020 Salzburg
Tel.: +43 662 84 92 91
Fax: +43 662 84 92 9116
E-Mail: k.hinterhofer@akzente.net

AnsprechpartnerIn in Österreich:

Marco Frimberger
Interkulturelles Zentrum
Österreichische Nationalagentur „JUGEND IN AKTION“
Bacherplatz, 10
1050 Wien
Tel.: +43 1 586 75 44 38
Fax: +43 1 586 75 44 9

E-Mail: marco.frimberger@iz.or.at

Internet: <http://www.iz.or.at>

Anschrift der EACEA:

Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur
Abteilung Jugend
BOUR 01/01
Avenue du Bourget 1
1140 Brüssel
Belgien
Fax: +32 2 29 21330

Weiterführende Informationen sind auf folgenden Websites zu finden:

http://ec.europa.eu/youth/index_de.htm

http://eacea.ec.europa.eu/youth/index_de.php

<http://www.jugendinaktion.at/default.asp>

Das Handbuch zum Programm können Sie hier nachlesen:

http://ec.europa.eu/youth/youth-in-action-programme/doc/how_to_participate/programme_guide_09/programme_guide_09_de.pdf

Den deutschen Originaltext der Ursprungsausschreibung finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:315:0003:0007:DE:PDF>

Die Europäische Kulturstiftung (ECF) bietet Mobilitätsstipendien für Einzelpersonen im Rahmen der Aktion STEP BEYOND

STEP BEYOND bietet Mobilitätsstipendien für KünstlerInnen, Kulturschaffende, JournalistInnen, ÜbersetzerInnen und ForscherInnen, die innerhalb des Großraums Europa einschließlich Georgien, Armenien, Aserbaidschan und der Türkei reisen.

Gefördert werden Reisen, die auf den folgenden Prinzipien aufbauen:

- Belegung des Reisens zwischen den Ländern der erweiterten Europäischen Union und den europäischen Nicht-EU-Ländern.
- Unterstützung von Reisenden in der Entwicklungsphase eines neuen grenzüberschreitenden Projekts im Kunst- und Kulturbereich.
- Schaffung von Möglichkeiten für Einzelpersonen und ihre KulturpartnerInnen, wirkliche Kooperationen zu

initiiert und wenn möglich eine langfristige Partnerschaft aufzubauen.

- Bevorzugte Erkundung des Ostens, Ziel ist es zu betonen, dass Europa jenseits der Grenzen der Europäischen Union weitergeht.

Förderungsgegenstand:

Gefördert wird ein Beitrag zu Reise- und Visakosten sowie im Einzelfall zu den Unterbringungskosten, diese sollten jedoch vorzugsweise von der Gastorganisation getragen werden können.

Förderungsfähige AntragstellerInnen:

KünstlerInnen, Kulturschaffende, KulturjournalistInnen, KulturübersetzerInnen und KulturforscherInnen.

Einreichfristen:

Eine feste Bewerbungsfrist ist nicht vorgesehen. Der vollständige Antrag muss allerdings spätestens 8 Wochen vor dem geplanten Reiseantritt eingereicht werden.

Antragstellung:

Es wird um Einreichung eines vollständigen Antrags nebst Lebenslauf und anderer relevanter Informationen sowie (falls zutreffend) eines Einladungsschreibens der gastge-

benden Nichtregierungsorganisation an die Europäische Kulturstiftung ECF gebeten.

Weiterführende Informationen zur Antragstellung und zum Förderprogramm finden Sie hier (nur auf Englisch verfügbar):

<http://www.eurocult.org/we-support-cultural-cooperation/programmes/mobility/apply-step-beyond/>

und hier:

<http://www.eurocult.org/uploads/docs/871.pdf>

AnsprechpartnerIn:

ECF European Cultural Foundation

Esther CLAASSEN

Jan van Goyenkade 5,

NL-1075 HN Amsterdam

Tel: +31 (0) 20 573 38 68

Fax: +31 (0) 20 675 22 31

E-Mail: eclaassen@eurocult.org

Internet: <http://www.eurocult.org>

16

Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges

Neuformierung der Europäischen LehrerInnenbewegung „Science on Stage“

Das europäische Festival „Science on Stage“ forciert die Vernetzung von europäischen Lehrkräften in den Naturwissenschaften. Ziel ist es, den europäischen Austausch von Bildungskonzepten zur Verbesserung des Unterrichts und zur Förderung des Nachwuchses zu unterstützen. Dänemark ist Gastgeberland des nächsten Festivals, das von 16. bis 19. April 2011 stattfinden soll. Rund 400 naturwissenschaftliche Lehrkräfte werden dort erwartet.

AnsprechpartnerIn in Österreich:

Friedlinda Krotscheck

Leitung von Science on Stage Austria e.V.

Almesberg 40

4210 Gallneukirchen

E-Mail: Friedel.Krotscheck@t-online.de

Internet: <http://www.scienceonstage.at/>

Vom Erzeuger bis zum/zur KonsumentIn – Sichere Lebensmittel für die europäischen KonsumentInnen

Das Programm „Bessere Schulung für sicherere Lebensmittel“ (Better Training for Safer Food) ist eine Initiative der

Europäischen Kommission zur Organisation für Trainingsmaßnahmen im Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tiergesundheit, des Tierschutzes und der Pflanzengesundheit. Das Personal von Behörden, die sich mit Lebensmittelkontrollen auseinandersetzen, soll hinsichtlich der aktuellsten Entwicklungen des EU-Rechts in diesen Themenbereichen geschult werden, um effiziente und einheitliche Kontrollen zu gewährleisten.

Hierfür wurden offizielle nationale Kontaktstellen in den EU-Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern, den Beitrittsländern sowie in den Assoziierten Ländern eingerichtet. Jede Kontaktstelle steht im Austausch mit der Europäischen Kommission, um die verschiedenen Aspekte der Aktivitäten der Initiative zu koordinieren.

Zuständige Behörden können sich bei Interesse an diese Kontaktstelle wenden.

Kontaktstelle in Österreich:

Anton Bartl

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und

Jugend Abt. IV/5

Radetzkystrasse 2

1030 Wien

Tel.: +43 1 71100 4813

Fax: +43 1 7134404 1672
E-Mail: anton.bartl@bmg.gv.at

Detaillierte Informationen zu den Aktivitäten des Programms entnehmen Sie bitte folgender Seite:

<http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/46/de.pdf>

Österreichische Online-Konsultation zum 8. EU-Rahmenprogramm für Forschungs- und Technologieentwicklung (FTE)

Auf der Basis der bei der Europatagung vom 30. November 2009 zum Thema „Österreichs Rolle in der Europäischen Forschungspolitik - Fragen an das 8. Rahmenprogramm“ aufgeworfenen Fragen läuft bis 31. März 2010 die österreichische Online-Konsultation zum 8. EU-Rahmenprogramm für FTE.

Der Input österreichischer Stakeholder zur Formulierung eines ersten österreichischen Reflexionspapiers zum 8. Rahmenprogramm, das der Kommission voraussichtlich Ende 2010 übermittelt wird, soll so eingeholt werden.

Um an der Konsultation teilnehmen zu können, registrieren Sie sich bitte auf folgender Seite:

<http://www.era.gv.at/users/apply>

AnsprechpartnerIn:

Ingeborg Schachner-Nedherer
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Rosengasse 2-6
1014 Wien
Tel.: +43 1 53120 7220
E-Mail: ingeborg.schachner-nedherer@bmwf.gv.at

Detaillierte Informationen zum Thema der Konsultation entnehmen Sie bitte folgender Seite:

<http://www.era.gv.at/space/11442/directory/15239.html>

Europäisches Parlament reserviert Praktika für Menschen mit Behinderung

Die Dauer des bezahlten Praktikums beträgt fünf Monate. Zulässig sind sowohl HochschulabsolventInnen, AbsolventInnen einer vergleichbaren Einrichtung, als auch Menschen mit niedrigerem Ausbildungsgrad. BewerberInnen müssen ein Attest über ihre Behinderung vorweisen können. Die nächste Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2010 (für Praktikumsbeginn am 1. Oktober 2010).

Nähere Informationen zum Ablauf der Bewerbung sowie das Antragsformular finden Sie unter

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=147&pageRank=4&language=DE>

Praktika beim Europäischen Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof bietet bezahlte und unbezahlte Praktikumsstellen an. Voraussetzungen für die Bewerbung ist ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaft oder der Politikwissenschaft (mit Schwerpunkt auf Recht). Die Dauer der unbezahlten Praktika beträgt bis zu sechs Monate, die der bezahlten Praktika liegt in der Regel bei fünf Monaten.

Die nächste Bewerbungsfrist endet am 1. Mai 2010 (für Praktikumsbeginn am 1. Oktober 2010).

Nähere Informationen zum Ablauf der Bewerbung sowie das Antragsformular finden Sie unter:

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7008/traineeships

Praktika beim Rat der Europäischen Union

Das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union bietet jedes Jahr drei Arten von Praktika an. Dabei handelt es sich um bezahlte und unbezahlte Praktika für StudentInnen, weiters werden Praktika für BeamtInnen angeboten.

Die Dauer von bezahlten Praktika für StudentInnen beträgt fünf Monate. Antragsberechtigt sind BewerberInnen aus den EU-Mitgliedstaaten, die vor Ende der Bewerbungsfrist mindestens den ersten Abschnitt eines Universitätsstudiums beendet haben. Das Bewerbungsformular für das Jahr 2011 ist von 1. Juni bis 31. August 2010 online abrufbar.

Unbezahlte Praktika für StudentInnen dauern zwischen 1 und 5 Monaten und sind nur für StudentInnen, die im Rahmen ihres Studiums ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen, vorgesehen. Antragsberechtigt sind StudentInnen im 3., 4. oder 5. Jahr ihres Studiums, die StaatsbürgerInnen eines EU-Mitgliedstaates oder eines Kandidatenlandes sind. Die nächste Bewerbungsfrist endet am 1. Mai 2010 (für Praktikumsbeginn am 1. September 2010).

BeamtInnen-Praktika werden für BeamtInnen aus Ministerien, Regierungen oder regionalen Behörden und den diplomatischen Korps der EU-Mitgliedstaaten angeboten. BewerberInnen müssen über einen Hochschulabschluss oder mindestens drei Jahre äquivalente Berufserfahrung verfügen.

Für unbezahlte StudentInnen-Praktika und für BeamtInnen-Praktika ist der Bewerbungsbogen über das Traineeships Office erhältlich, es gibt kein Online-Bewerbungsformular.

Nähere Informationen zum Ablauf der Bewerbung sowie zu den Bewerbungsfristen finden Sie unter:

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1292&lang=de> (nur auf Englisch verfügbar)

Internes

Im Rahmen dieser Extrablattausgabe hat Lucie Bernroider mitgewirkt, die von 1. bis 26. Februar 2010 ein Volontariat

im Verbindungsbüro des Landes Salzburg absolviert hat.

18

Ausblick auf die nächste Extrablatt-Ausgabe

Salzburger Bildungswerk in Brüssel

Veranstaltung zur Regionalpolitik mit Johannes Hahn

Welche Zukunft für Milch?

Impressum:

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: bruessel@salzburg.gv.at
www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm

Redaktion & Bearbeitung:

© Michaela Petz-Michez; Maren Kuschnerus

Koordination: Andreas Kiefer; Michaela Petz-Michez; Maren Kuschnerus

Redaktionsschluss: 26. Februar 2010